



Landesnaturschutzverband
Baden-Württemberg e.V.
LNV-Arbeitskreis Stuttgart
AG kommunale Daseinsvorsorge

Stuttgart, 25.07.2022

Pressemitteilung:

Stuttgart beschließt Klimaneutralität 2035 – kein Aufbruch in der Polykrise

Der Gemeinderat will am 27.07.2022 beschließen, die notwendigen Maßnahmen für das Ziel der Klimaneutralität 2035 zu erreichen. Mit der nun vorgelegten Neufassung der Gemeinderatsvorlage¹ ist es dem Gemeinderat gelungen, einen ersten kleinen Schritt in Richtung Kenntnisnahme der Realität zu gehen. Dieser kleine Schritt wurde bisher der Klimakrise nicht gerecht und wird erst recht für die vom Ministerpräsidenten erkannte Polykrise² nicht ausreichen.

Welche Maßnahmen für die Erreichung der Klimaneutralität 2035 notwendig sind, wurde vom Gemeinderat bisher weder diskutiert noch beschlossen. Es soll „Steckbriefe“ geben, die vor dem Gemeinderat aber versteckt bleiben wie z.B. auch die Wirtschaftspläne der Stadtwerke Stuttgart und die Netzentwicklungspläne für das Strom- und Gasnetz³.

Auch eine Eröffnungsbilanz über den Stand der bisher umgesetzten Maßnahmen zur Energie- und Wärmewende in Stuttgart wurde dem Gemeinderat bisher vorenthalten. Dem Gemeinderat ist nicht bekannt, welche Investitionen in den Bereichen Strom-, Gas- und Wärmeversorgung in den vergangenen Jahren vorgenommen wurden und wieviel Mio. Euro in den verbleibenden 12 Jahren bis 2035 besonders in der Wärmeversorgung im Wohnungsbestand von den Stadtwerken und den Haus- und Wohnungseigentümern noch investiert werden müssen. Der Gemeinderat begnügt sich damit, die Verwaltung zu verpflichten, im Herbst 2022 einen Vorschlag mit Zielvorgaben für die Stadtwerke vorzulegen. 100 Mio. Euro werden den Stadtwerken über die Stuttgarter Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (SVV) als Kapitaleinlage für notwendige Investitionen gewährt. Welche Investitionen das sein sollen, ob für PV-Anlagen, Windkraft-Beteiligungen oder (erneuerbare) Wärmeerzeugungsanlagen und Wärmenetze, wird vom Gemeinderat nicht beraten und beschlossen.

Unter Ziffer 4 der Neufassung wird das Ziel der Klimaneutralität der Wohnungswirtschaft behandelt, ohne die großen Bestände an Eigentumswohnungen zu erwähnen. Auch hier wird nicht deutlich, wie die Klimaneutralität des großen Wohnungsbestandes in den Mehrfamilienhäusern erreicht werden soll. Welche Angebote werden den Wohnungsunternehmen⁴ und den Wohnungseigentümergeinschaften (WEG) von den Stadtwerken unterbreitet?

Die von der Stadt angesetzte Erhöhung der Sanierungsrate von ca. 1,5 % auf 4,3 % bei einer Sanierungstiefe von 60 %⁵ ist willkürlich und nicht begründet. Sie bezieht sich auch nicht nur auf den Bestand außerhalb von Wärmenetzgebieten⁶ und gerade deshalb ist die Erreichung des Ziels der Klimaneutralität 2035 äußerst zweifelhaft.

Ziffer 3 der Neufassung zeigt, dass die Stadtverwaltung und der Gemeinderat an der bisherigen Praxis festhalten wollen, die städtischen Liegenschaften separat zu sanieren, ohne sie als Ankerkunden und Keimzellen⁷ für Wärmenetze einzusetzen.

Dadurch ist eine Umsetzung der im Konzept der Bundesregierung vom Juli 2022⁸ zur Kostensenkung vorgesehenen Wärmenetze weiterhin nur erschwert möglich.

Es wäre zu prüfen, ob dadurch Fördermittel, z.B. nach Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW)⁹ in Höhe vieler Mio. Euro nicht beansprucht werden können und die Wärmewende dadurch für Haus- und Wohnungseigentümer und Mieter mit überhöhten Kosten belastet wird.

Nur eine zügige Erfüllung der Vorgaben des Konzepts der Bundesregierung kann Klarheit für die Haus- und Wohnungseigentümer schaffen und die Wohnungsunternehmen und die Privateigentümer vor Fehlinvestitionen bewahren.

Die immer noch im Eigentum des Landesunternehmens EnBW stehende Fernwärmeversorgung ist für die Klimaneutralität der Wärmeversorgung der Stadt und der Gebäude in der Innenstadt von zentraler Bedeutung. Wie und durch wen der Ausbau der Fernwärmeversorgung¹⁰ und wie die Dekarbonisierung der lokalen Wärmeerzeugung erfolgen soll, wird in der Neufassung überhaupt nicht angesprochen. Eine öffentliche Diskussion im Gemeinderat findet nicht statt.

Ministerpräsident Kretschmann und die Ministerin für Umwelt-, Klima und Energie Walker sehen sich nicht in der Lage, die Fernwärmeversorgung für Stuttgart aus der Blockadesituation herauszulösen. Sie begründen ihre Untätigkeit mit juristischen Scheinargumenten vom Aktienrecht bis zu anhängigen Nichtzulassungsbeschwerden beim Bundesgerichtshof. Allen Beteiligten ist längst klar, dass die Dringlichkeit des Ausbaus der Fernwärmeversorgung¹¹ in Stuttgart nicht in weiteren jahrelangen Gerichtsverfahren entschieden wird, sondern in der der Vernunft zugänglichen umwelt- und klimapolitischen Entscheidungen. Den Bürgern kann nicht erklärt werden, dass dringliche Entscheidungen zum Ausbau und zur Dekarbonisierung der Fernwärmeversorgung¹² in Stuttgart seit Jahren auf die aussichtslose (OLG: keine Rechtsfrage) lange Gerichtsbank geschoben werden anstatt entsprechend dem Bürgerwillen¹³ die Fernwärmeversorgung an die Stadt zu einem angemessenen Preis zu verkaufen. Nur durch Entscheidungen der Stadt kann der umweltpolitisch erforderliche Ausbau der Fernwärmeversorgung zügig erfolgen. Das Konzept der Bundesregierung (demnächst im Gebäudeenergiegesetz GEG) wird die Fernwärmebetreiber zu Maßnahmen zur Umstellung der Wärmeversorgung auf Erneuerbare Energien zwingen.

Notfalls ist zu prüfen, ob das Land (nach Verabschiedung der Novelle zum KSG BW im Oktober) wegen Untätigkeit bei der Fernwärmeversorgung Stuttgart wegen Verstoß gegen das KSG BW und das KSG des Bundes verklagt werden kann.

Der Gemeinderat hält für den Erfolg seines Klimafahrplans¹⁴ die Kommunikation der Klimaziele und -maßnahmen in die Bevölkerung für nötig. Bisher hat die Stadt weder Wirtschaftspläne der Stadtwerke Stuttgart GmbH und der Stuttgart Netze GmbH noch die Netzentwicklungspläne Strom und Gas z.B. an den Landesnaturschutzverband (LNV) oder andere Umweltverbände herausgegeben. Auch wurde eine Einwohnerversammlung mit einer Eröffnungsbilanz und einer Vorstellung der alten oder neuen Klimaziele von der Stadt bisher nicht durchgeführt.

Anfragen mehrerer Bezirksbeiräte¹⁵ zur Energie- und Wärmewende in ihrem Stadtbezirk werden seit Jahren in der Regel nicht beantwortet¹⁶. Nur der Bezirksbeirat-Ost erhielt Antworten.

Die AnStifter, KUS, LNV-AK Stuttgart AG kommunale Daseinsvorsorge, Naturfreunde Stuttgart und Kommunale Stadtwerke fordern die Gemeinderäte auf, die Realität der Wärmeversorgung in der Stadt, insbesondere vor dem Hintergrund der Gaskrise¹⁷, zur Kenntnis zu nehmen, die erforderlichen Beschlüsse in den städtischen Unternehmen zu fassen und diese offen zu legen sowie den direkten Kontakt zu den betroffenen Haus- und Wohnungseigentümern und den Mietern zu suchen.

Kontakt:

Michael Fuchs
Kommunale Stadtwerke e.V.
Tel. 0711/470148-24
e-Mail: michael.fuchs@kommunale-stadtwerke.de

Manfred Scheifele
Die AnStifter – InterCulturelle Initiativen (iCi) e.V.
e-Mail: manfred.scheifele@die-anstifter.de

Jürgen Gesierich
LandesnaturaSchutzverband Baden-Württemberg e.V.
LNV-AK Stuttgart AG kommunale Daseinsvorsorge
JGesierich@t-online.de

Klaus-Jürgen Ledebur
Naturfreunde Stuttgart e.V.
Tel. 0711/710129
e-Mail: klaus-juergen.ledebur@naturfreunde-stuttgart.de

Manfred Niess
Klima und Umweltbündnis Stuttgart KUS
Tel. 0711/297082
e-Mail: mniess@t-online.de

Erläuterungen:

- ¹ [GRDrs 397/2022 Neufassung](#) vom 20.07.2022: Klimaneutralität 2035.
- ² Stuttgarter Zeitung vom 22.07.2022: [Gasgipfel im Land. Kretschmanns Kampf in der Polykrise](#).
- ³ Klage des Verein zur Förderung Kommunalen Stadtwerke e.V. gegen die Landeshauptstadt Stuttgart wegen Zugang zu Umweltinformationen, AZ.: 14 K 1729/22.
- ⁴ Stuttgarter Zeitung vom 15.07.2022: Wie warm soll die Wohnung im Winter sein? ... Wichtig für die Wohngenossenschaften wäre, dass sie die Gebäude an das Fernwärmenetz anschließen können. „Das ist nötig, dass die Wende auch im Bestand möglich wird“, sagt Rüdiger Maier. Der Vorstandsvorsitzende von Neues Heim - Die Baugenossenschaft eG ist Sprecher einer Arbeitsgemeinschaft von 16 genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen in Stuttgart. ...
- ⁵ [Net Zero Stuttgart](#). KURZBERICHT, Entwurfsstand 06. Mai 2022, Folie 10.
- ⁶ Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg, ifeu - Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH, Öko-Institut e.V., Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI, HIR Hamburg Institut Research vom 17. Mai 2022: [Sektorziele 2030 und klimaneutrales Baden-Württemberg 2040 - Teilbericht Sektorziele 2030](#). Abschnitt 3.2 Gebäude, S. 14: „... Die Sanierungsrate kann jedoch nicht beliebig gesteigert werden, ...“.
- Stuttgarter Zeitung vom 21.07.2022: [Städtetag Baden-Württemberg - Städte klagen: Wir sind beim Klimaschutz zu langsam](#) ...„Die Städte sind zu langsam; wir sind alle zu langsam.“ ... so der Mannheimer Oberbürgermeister Peter Kurz (SPD). Zusammen mit seinem Heidelberger Amtskollegen Eckart Würzner (parteilos) forderte er eine stärkere Priorisierung, um den größtmöglichen Effekt zu erzielen. Das Fernwärmenetz der Stadt Mannheim sei [bis zum Jahr 2029 komplett auf erneuerbare Energien](#) umgestellt. Es sei deshalb sinnvoll, sich mit einer Wärmeschutzsanierung auf den Gebäudebestand zu fokussieren, der nicht angeschlossen sei. [Stellungnahme des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks](#) vom 30.05.2022 im Rahmen der Anhörung zur GEG-Novelle ... Michel Durieux sieht Probleme bei der Umsetzung der geforderten Maßnahmen. Wegen der demografischen Entwicklung und der zunehmenden Studierneigung von Jugendlichen, mangle es im Handwerk an Fachkräften. ...
- ⁷ Urbane Wärmewende, Pressemitteilung vom 26.04.2022: [Klimaneutral heizen statt Erdgas verbrennen: So schaffen Städte die Wärmewende](#).
- ⁸ Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB), Stand: 14. Juli 2022: [65 Prozent erneuerbare Energien beim Einbau von neuen Heizungen ab 2024 - Konzeption zur Umsetzung](#).
- ⁹ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: „[Richtlinie für die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze](#)“ (BEW), Entwurf, Stand 18.08.2021. Anmerkung: nicht in Kraft.
- ¹⁰ Stuttgarter Zeitung vom 24.06.2022: Abhängigkeit vom Erdgas stark gestiegen ... Fernwärme sollte stärker ausgebaut werden, Geothermie, deren Potenzial in Stuttgart nur zu einem Prozent ausgeschöpft werde, dazu sollte man Abwärme und Abwasserwärme sowie Photovoltaik stärker nutzen. „Das geht, man muss es nur wollen“, sagt Jürgen Görres, Amt für Umweltschutz, Abteilungsleiter Energiewirtschaft ...
- ¹¹ Frankfurter Allgemeine vom 21.07.2022: [Fernwärme - Mit Fernwärme durch die Gasnot](#).
- ¹² Öffentliche Sitzung des Ausschuss für Klima und Umwelt am 25.03.2022, TOP 2 Klimaneutrale Fernwärmeversorgung, das Rückgrat der Stuttgarter Wärmewende, Antrag 34/2022 vom 14.02.2022 der SPD-Gemeinderatsfraktion - mündlicher Bericht -
- ¹³ [GRDrs 13/2016](#) vom 26.01.2016: Weiteres Vorgehen Fernwärmeversorgung Stuttgart.
- ¹⁴ [Net Zero Stuttgart](#). KURZBERICHT, Entwurfsstand 06. Mai 2022.
- ¹⁵ Stuttgarter Zeitung vom 04.03.2022: Klimasanierung wird „ein dickes Brett“
- ¹⁶ KONTEXT:Wochezeitung vom 22.06.2022: [Bezirksbeirat in Stuttgart - Schwarze Löcher](#), Peter Mielert: „... der Antrag 2014 zum Klimaschutz im Stadtteil sei bis heute nicht beantwortet. ...“
- ¹⁷ Landtag B.-W., Pressemitteilung vom 15.07.2022: [Abgeordnete diskutieren Vorbereitungen auf die Gasmangellage](#) im Vorfeld des [«Gasgipfel» mit Kommunen, Wirtschaft und Versorgern Gipfel am 25. Juli](#).